

Neuer Schwung mit einem Linksblock

Wie gewinnen wir in der Klima- und Gesellschaftspolitik wieder an Schwung?
Ein Linksblock aus SP und Grünen könnte es richten.

2019 war das Jahr der Bewegungen. Im Juni beteiligte sich eine halbe Million Frauen am nationalen Frauenstreiktag – ein überragender Erfolg. Das ganze Jahr über mobilisierte die Klimajugend tausende, zehntausende und schliesslich hundertausende Leute. Doch Bewegungen verlaufen naturgemäss zyklisch. Die Corona-Krise hat die Menschen zudem vereinzelt und in den Bewegungen ihre Bremsspuren hinterlassen.



Climate Action Plan und Strike for Future

Unter dem Titel **Climate Action Plan** hat die Klimastreikjugend in der Schweiz bereits im Herbst 2019 einen Prozess lanciert, mit dem die generellen Ziele (Anerkennung des Klimanotstands, Netto Null bei den Klimaemissionen bis 2030, Klimagerechtigkeit) in konkrete Vorhaben und Massnahmen übersetzt werden sollen. Sie hat dabei mit rund 60 Fachleuten aus verschiedensten Organisationen zusammengearbeitet. Im Januar 2021 hat sie die Ergebnisse präsentiert - eine Fülle von oftmals bis ins Detail durchdachten Vorschlägen und Entwürfen, die sich sehen lassen kann.

Der Climate Action Plan findet sich unter:
<https://climatestrike.ch>

Deshalb droht nun Stagnation oder gar der Rückwärtsgang, denn in der institutionellen Politik bewegt sich viel zu wenig. Mit dem CO₂-Gesetz werden zwar erste Schritte getan – die Abstimmung vom 13. Juni 2021 ist ein wichtiger Termin. Allerdings genügt dieses Gesetz bei weitem nicht, um Netto Null zu erreichen. Und das nächste klimapolitische Dossier – die Revision der Landwirtschaftspolitik – ist bereits wieder durch kurzfristig-kommerzielle Interessen blockiert. Die geplante Erhöhung des Rentenalters für Frauen wiederum steht in eklatantem Gegensatz zum Pension Gender Gap. Frauenrenten sind in der Schweiz um einen Drittel tiefer als Männerrenten.

Was also tun, um das Schwungrad der Veränderung in Bewegung

zu halten? Ein wichtiger Ball liegt bei den Linksparteien. Sowohl die Grünen wie auch die SP haben neue Präsidien, denen ein Sprung über die Schatten bisheriger Politikmuster gelingen könnte. Programmatisch liegen die beiden Parteien nahe beieinander. Mit einer vertieften Zusammenarbeit in einem Linksblock könnten sie den Willen für echte Richtungsänderungen bekunden und gemeinsam an Glaubwürdigkeit und Ausstrahlung gewinnen. So könnte sich die Chance eröffnen, das politische Spielfeld für etliche Jahre zu prägen – ähnlich wie dies die SVP zu Beginn der 1990er Jahre mit der Fokussierung gegen EU und Ausländer*innen gemacht hat.

Ein solcher Linksblock müsste in der Lage sein, einige gemeinsame Ziele mit Game-Changing-Qualitäten herauszuschälen. Für diese Ziele müsste dann – zusammen mit Partnerorganisationen und mit Bewegungen – hartnäckig gestritten und mobilisiert werden. Damit könnte auch den Mühlen der institutionellen Politik entgegen gewirkt werden, in denen die zentralen Anliegen wie Klimaschutz und Care-Arbeit zerrieben zu werden drohen.

Entscheidend wäre ein solcher Schritt auch im Hinblick auf die nationalen Wahlen 2023. 2019

haben viele Leute linksgrün gewählt, weil sie damit die Kraft der Bewegungen in die Politik hieven wollten. 2023 wird sich dieser Effekt nicht wiederholen. 2023 müssen die Linksparteien aktiv glaubhaft machen, was sie mit einem Wahlerfolg bewegen wollen.

2019 haben die Linksparteien zusammen 31.14% der Stimmen geholt. Die Ziele eines Linksblocks für 2023 könnten lauten: Mehr als ein Drittel der Stimmen bringt einen dritten Sitz für Links-Grün im Bundesrat und mehr Schwung für Klimaschutz, Care-Arbeit, und Soziale Sicherheit. Wenn allerdings SP und Grüne getrennte Wege gehen, könnte das Gegenteil passieren: Stimmenverschiebungen gäbe es dann vor allem innerhalb der Linken. Und dann beginnt der Streit darum, ob einer der beiden SP-Bundesratssitze an die Grünen gehen soll. Das wäre dann weniger gut.



Beat Ringer

ist Publizist und Autor. Aktiv in der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknets.